

Herkunft war bzw. ist und z. T. nur eine *begrenzte Autorität* genöß, so hatte dies vor allem mit der starken *Zersplitterung* und mit der Stellung als *Minderheit* zu tun. Von den insgesamt rund 1,2 Millionen Bewohnern der Westbank und des Gazastreifens sind nur etwa 35 000 Christen. Hinzu kommen 12 000 Christen in Jerusalem. Von den 4,5 Millionen israelischen Staatsbürgern sind etwa 700 000 Araber, davon 85 000 Christen. Die Mehrheit der Christen im Heiligen Land gehört der griechisch-orthodoxen Kirche an oder sind Melkiten und Lateiner. Darüber hinaus gibt es noch eine Vielzahl kleinerer katholischer, orthodoxer, orientalischer und protestantischer Gemeinschaften (vgl. *Rafiq Khoury*, *Chrétiens arabes de la Terre Sainte*, in: *Etudes*, Oktober 1988, S. 398). Die arabischen Christen sind außerdem seit langem gezwungen, gegenüber einem sich ausschließlich muslimisch definierenden *arabischen Nationalbewußtsein* ihre Zugehörigkeit zur „arabischen Nation“ unter Beweis zu stellen. Für die jüdische Seite gehören

sie entweder zu den Arabern und damit zu den Gegnern, oder aber man übergeht ihre Zugehörigkeit zu den Arabern und fördert damit erst recht muslimische Vorbehalte ihnen gegenüber. Gegenüber dem westlichen, christlich geprägten Ausland beklagen die christlichen Araber, daß man sie im Gegensatz zu Juden und Muslimen kaum wirklich wahrnehme. Für die Einheit unter den (christlichen) Arabern kommt noch erschwerend hinzu, daß die Interessen derjenigen in den besetzten Gebieten nicht ohne weiteres identisch sind mit den Interessen derer, die in Israel selbst wohnen. Der Anteil der Auswanderer ist unter den christlichen Arabern in den besetzten Gebieten besonders hoch. Angesichts dieser schwierigen Lage der Christen in einem vornehmlich jüdisch oder muslimisch geprägten Umfeld war die Schließung der heiligen Stätten aus Protest gegen die Aktion der jüdischen Siedler insofern auch ein weiterer Versuch, das Gewicht der Christen in Palästina stärker als bisher in die Waagschale zu werfen. K. N.

Komplexität der Situation in den verschiedenen Ländern deutlich und zugleich die Berührungspunkte, die sich zwischen einzelnen Ländern ergeben. **Bestandsaufnahme der verschiedenen Länder**

Bei den Berichten über Indonesien, Malaysia und Pakistan spielte der *Faktor Islam* und seine Vorstellungen von einer idealen Gesellschaftsordnung basierend auf der Shariah die bestimmende Rolle. Deutlich wurde für Thailand die *Rolle des Buddhismus* als die das Land bestimmende religiöse Kraft.

In *Sri Lanka* ist die Situation ebenfalls zu einem guten Teil durch das buddhistische Erbe bestimmt, das in der Auseinandersetzung mit den Familien ebenfalls von hinduistischen Elementen beeinflusst wird. *Indien* hat eine lange Tradition einer „säkularistischen“ Regierungsform, was dazu beitrug, daß der religiöse Faktor hinter sachlichen politischen Rücksichten zurücktrat. In der jüngsten Vergangenheit ist der Einfluß radikaler hinduistischer Gruppen jedoch ständig gewachsen.

Trotz vieler ideologischer Unterschiede lassen sich für die VR China, Vietnam und Taiwan, Südkorea und Singapur im *konfuzianischen Gedankengut* viele Übereinstimmungen finden, die das Denken über die Beteiligung der Religionen an politischen Vorgängen bestimmen. Eine Kategorie für sich bilden die *Philippinen*, wo die katholische Kirche in der jüngsten Vergangenheit eine sehr bestimmende Rolle auf dem politischen Sektor gespielt hat und immer noch spielt. Es ist deutlich zu beobachten, daß die anfängliche Nähe zur gegenwärtig bestehenden Regierung einer „kritischen Solidarität“ gewichen ist. Das Ergebnis der Analyse der verschiedenen Situationen ergab, daß die Kirche sich in recht unterschiedlichen Situationen in Asien vorfindet: in solchen, wo sie eine unterdrückte Minderheit ist; in anderen, wo sie als Minderheit toleriert wird, und wieder in anderen, wo sie als relativ einflußreiche Minderheit anerkannt ist. Dieser *Minderheitsstatus* hat

Ostasien: Theologen beraten über Kirche und Politik

Die christlichen Kirchen in Asien sind alle in besonderer Weise mit dem Problem ihres Verhältnisses zur Politik und der staatlichen Macht konfrontiert. Mit Ausnahme der Philippinen befinden sich die christlichen Kirchen überall in Asien in der Minderheit, da sie insgesamt nicht mehr als 5 Prozent der Bevölkerung umfassen, wobei sich der Anteil der Katholiken auf 2,6 Prozent beläuft. Bereits daraus ergibt sich deutlich, daß der Einfluß der Christen nicht bestimmend sein kann. Vielmehr müssen sie versuchen, in der Zusammenarbeit mit Partnern aus den anderen Religionen und anderen die Gesellschaft bestimmenden Gruppen eigene Vorstellungen wenigstens ansatzhaft zur Geltung zu bringen. Wie sehr gegenwärtig nach Orientierung in dieser Frage gesucht wird,

Es geht z. B. darum, zu klären, inwiefern sich die Kirchen eine Kategorie von „asiatischer Harmonie“ zu eigen machen können, die mit dem Ansehen der Vereinigung asiatischer Bischöfe zur 5. Vollversammlung der Theologischen Kommission in politischer Hinsicht übereinstimmt. In ähnlicher Weise zeigte die diesjährige Tagung der Theologischen Beratungskommission der Vereinigung der asiatischen Bischofskonferenzen in Hongkong (23. April bis 1. Mai 1990). Auf der Theologentagung ging es darum, die „Asiatische theologische Perspektive zum Verhältnis der Kirche zur Welt der Politik“ zu bestimmen. Gruppen von ca. je zwölf Theologen, die jeweils einzelne Länder vertraten, begannen ihre Überlegungen zu dieser Thematik mit einer *Analyse der politischen Verhältnisse ihres jeweiligen Landes* und einer Beschreibung der Rolle der Kirche darin. Dieses methodische Vorgehen hatte den Vorteil, daß von der aktuellen Situation der verschiedenen beteiligten asiatischen Länder ausgegangen wurde und nicht von einer allgemeinen Theorie. Dabei wurde die

in einer Reihe von asiatischen Staaten zu einem „Minderheitenkomplex“ auf seiten der Kirchen geführt, der sich darin äußert, daß die Kirche sich weitgehend aus der Politik heraushält und sich fast ganz in religiöse Innerlichkeit flüchtet.

Die Menschenrechte als Inkulturationsproblem

In anderen Ländern Asiens, am deutlichsten wohl in *Indonesien*, versucht die Kirche sich in einer *Politik der stillen Intervention*, die die offene Konfrontation vermeidet und die Harmonie bewahrt. Es fehlt den asiatischen Kirchen weitgehend eine theologisch begründete und in der Praxis bewährte Form, das prophetisch-kritische Amt auszuüben. Hinzu kommt, daß in den Fragen der Politik fast immer die *Menschenrechtsproblematik* besonders brisant ist.

Es geht vor allem um das Problem, inwieweit die Menschenrechte in ihrer gegenwärtigen Formulierung und individuellen Ausrichtung für Asien verbindlich sein können, wo sich Rechtsvorstellungen gewöhnlich an Rechten für die Gemeinschaft und weniger an solchen für das Individuum orientieren. Kann die Kirche ohne die Anstrengung der Inkulturation sich ohne weiteres zum *Anwalt der Menschenrechte* machen, wenn ihr dabei der

Vorwurf gemacht wird, „liberalistische“ westliche Ideen mehr als das Evangelium zu propagieren? Verbunden damit ist der immer wiederkehrende Vorwurf, daß das Christentum in Asien immer noch eine „fremde Religion“ darstellt, die gerade bei Interventionen auf politischem Felde den Verdacht, im Dienst einer fremden Macht zu stehen, zurückweisen muß.

Bei der weiteren theologischen Diskussion wurden auch die Quellen – Aussagen der Heiligen Schrift und die Tradition des Lehramtes – herangezogen. Dabei zeigte es sich, daß die Verschiedenheit der asiatischen Kirchen nach Antworten verlangt, die in neuer Weise auf die besonderen Situationen dieser Länder abgestellt sind. In Asien fehlt den christlichen Kirchen eine Geschichte des Verhältnisses von „Staat und Kirche“, in der die beiden Partner als mehr oder weniger gleichberechtigt auftreten. Bei den allgemeinen Bemühungen um *Inkulturation* muß es auch bei dieser Fragestellung darum gehen, eine für Asien passende, d. h. „inkulturierte“ Antwort zu finden.

Es geht z. B. darum, zu klären, inwieweit sich die Kirchen eine Kategorie von „asiatischer Harmonie“ zu eigen machen können, die mit dem Anspruch, asiatisches Erbe darzustellen, sich gegen jede Form von Konfrontation seitens der Religionen in politischen Dingen wendet. In ähnlicher

Weise werden Formen autoritärer Herrschaft in Asien mit der Unübertragbarkeit der westlichen Demokratievorstellung begründet. Wenn christliche Kirchen sich gegen den Vorrang der ökonomischen Kategorien bei der Entwicklung der asiatischen Staaten wenden, werden sie oft mit dem Vorwurf belegt, sich in Dinge einzumischen, die außerhalb ihrer Kompetenz und Erfahrung liegen.

Die Tagung in Hongkong war ein *erstes Treffen*, um die verschiedenen Elemente der Fragestellung zusammenzubringen. Im Laufe des Jahres, so lautete ein Ergebnis, sollen die in Hongkong beteiligten Theologen weiter an den Fragen arbeiten, sich mit ihren Kollegen in den jeweiligen Ländern treffen und dann im nächsten Jahr die Ergebnisse vorlegen. Es handelt sich um eine wichtige Frage für das Selbstverständnis und die Arbeit der verschiedenen Ortskirchen in Asien, die sich immer stärker bewußt werden, daß sie nur in einer verstärkten Zusammenarbeit mit den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften in den großen Fragen der dortigen Völker ihrer Sendung gerecht werden können. Im Juli treffen sich die asiatischen Bischöfe zur 5. Vollversammlung der Vereinigung asiatischer Bischofskonferenzen in Bandung (Indonesien), wo es ebenfalls um eine Bestimmung der Sendung der asiatischen Kirchen gehen wird. G. E.

Versöhnung muß wachsen

Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Weizsäcker-Besuch

Die Republik Polen war das letzte der neun Nachbarländer Deutschlands, dem Bundespräsident Richard von Weizsäcker einen offiziellen Besuch abstattete. Es war das erste Mal seit 990 Jahren, daß ein deutsches Staatsoberhaupt einer Einladung nach Polen folgte – nimmt man, dem historischen Gefühl der Polen entgegenkommend, die Besuche von DDR-Staatsratsvorsitzenden und Generalsekretären aus der Zählung heraus. Auf welchem sensiblen Hintergrund der Besuch stattfand und wie schwierig das polnisch-deutsche Verhältnis nach wie vor ist, schildert hier unser Polenmitarbeiter Dieter Bingen.

Auf eine neue Nachbarschaft mit den Deutschen hatten sich die seit Herbst 1989 die erste nichtkommunistische Regierung tragenden Kräfte seit Anfang der achtziger Jahre vorzubereiten versucht. Doch sie wurden von den sich überstürzenden Ereignissen überwältigt, wie die anderen europäischen Nationen und die Deutschen selbst. Und vieles von dem, was die demokratischen Kräfte sich seit Jahren vorgenommen hatten, nämlich ein neues Kapitel gemeinsam mit den demokratischen Deutschen aufzuschlagen, wurde umgehend von alten Ängsten und politischen Reflexen überdeckt.